

Aktionsbündnis „Freier Heuberg“ – Kein Sprengplatz im Spitalwald  
Sprecherinnen:  
Christiane Kasprík, Mühlstraße 22, 72461 Albstadt, Tel 07432-4977  
Dr. Andrea Metzger, Mühlstraße 36, 72479 Straßberg, Tel 07434-316030

**Pressemitteilung des Aktionsbündnisses Freier Heuberg vom 28.5.2010  
zum Urteil des Verwaltungsgerichts Sigmaringen betr. Sprengplatz Spitalwald**

**Dies ist der Beweis, dass es sich doch lohnt, aktiv und engagiert zu sein.**

„Ihr habt die Sache initiiert - herzlichen Glückwunsch!“, so lautet einer der zahlreichen Grüße, die in den letzten Tagen das Aktionsbündnis „Freier Heuberg“ erreichten. Das Bündnis freut sich natürlich über das Urteil des Verwaltungsgerichts Sigmaringen, das den Bau des Sprengplatzes im Spitalwald bis auf weiteres gestoppt hat. Damit wurde dem Antrag der Stadt Albstadt stattgegeben, die ein ordentliches Anhörungsverfahren auf der Grundlage qualifizierter Gutachten verlangt. Ein voller Punktsieg in der ersten Runde! Auch wenn die Oberfinanzdirektion Karlsruhe in die Revision geht - der Bau des Sprengplatzes ist erst einmal auf absehbare Zeit gestoppt. Man fragt sich natürlich, warum nun eine neue Runde des Eiertanzes um die Einsichtnahme in Gutachten eingeläutet wird, kaum dass die Tinte unter dem Urteil trocken ist. Sollte es am Ende die geforderten qualifizierten unabhängigen Gutachten vielleicht doch nicht geben, sondern nur selbstgefertigte Stellungnahmen und Richtlinien, nach denen sich die Bundeswehr letztlich ihre eigenen Projekte genehmigt oder genehmigen lässt? Das wäre wahrlich ein Präzedenzfall!

Das Urteil ist der Beweis, dass es sich lohnt, aktiv und engagiert zu sein. Hätten vor 8 Monaten Dr. Andrea Metzger (Kreisrätin Bündnis 90/Die GRÜNEN) und Christiane Kasprík (Stadträtin ZUG Albstadt) nicht die Bevölkerung und den Albstädter Gemeinderat informiert über den geplanten Neubau des Bundeswehrsprengplatzes auf Albstädter Gemarkung, so wäre die Sache nie in dieser breiten Öffentlichkeit Thema geworden. Die Albstädter wären am Schluss womöglich vor vollendeten Tatsachen gestanden. Die Stadt hätte möglicherweise keine Veranlassung gesehen, zumindest ihr Recht auf Anhörung einzuklagen.

Die gegenseitigen Schuldzuweisungen einer „mangelnden Informationspolitik“ bzw. an „mangelndem Interesse an Informationen“ zwischen Bundeswehr, Landrat und den umliegenden Stadtverwaltungen konnten nicht verhindern, dass am Schluss schließlich doch heraus kam, dass das Landratsamt Zollernalb von Anfang an am Verfahren beteiligt war, was zunächst bestritten wurde.

Die breite Zusammensetzung des Bündnis Freier Heuberg, die fast 3 300 gesammelten Unterschriften gegen den Sprengplatz, eine durchgeführte Kundgebung, die öffentliche Diskussion auf Versammlungen und in Leserbriefen, unter Bekannten und Nachbarn sowie bei Informationsveranstaltungen der Bundeswehr zeigen, dass es in der Bevölkerung keinesfalls nur die von offizieller Seite so gepriesene und geförderte Akzeptanz der Bundeswehr und des Truppenübungsplatzes vor unserer Haustür gibt und dass viele eine weitere Ausweitung des Übungsbetriebs aus den unterschiedlichsten Gründen nicht mehr akzeptieren. Im Gegenteil – viele Leute machen sich große Sorgen und sind sehr empfindlich, wenn über ihre Köpfe hinweg entschieden werden soll.

Das Bündnis Freier Heuberg erfuhr großen Zuspruch und Rückhalt in der Bevölkerung. Das hat uns gestärkt, auch gegen einzelne Anfeindungen und gezielt gestreute Vorbehalte. Nun geht die Auseinandersetzung in die nächste Runde. Auch weiterhin sind neue Mitstreiter willkommen. Interessierte sind herzlich eingeladen zur nächsten öffentlichen Versammlung, die eine Zwischenbilanz ziehen und sich mit den nächsten Aufgaben befassen wird. Am Montag, den 7. Juni 2010 um 19.00 Uhr in der Gaststätte „Grüne Au“, Hartmannstraße 176, Ebingen.